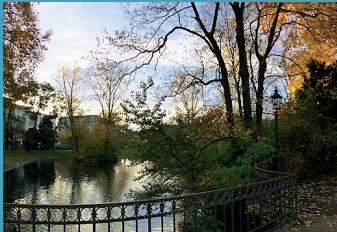


„Keine Zukunft vermag gut zu machen, was Du in der Gegenwart versäumst.“

Albert Schweitzer



Markus Raub
Vorsitzender der
SPD-Ratsfraktion Düsseldorf

Rathausufer 8, 40213 Düsseldorf
www.spd-fraktion-duesseldorf.de

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Ende der Rede

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,*

haushalten in schwierigen Zeiten ist eine Herausforderung. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass die Zeiten schwieriger geworden sind. Doch die bisherigen Beiträge der Fraktionen von CDU und FDP zur Auseinandersetzung mit dem Haushaltsplanentwurf 2010 kann man leicht so zusammenfassen: „Weiter so! Wir sind auf einem guten Weg!“ Leider wissen wir bis heute nicht, wohin dieser Weg führen soll.

Denn was der vorliegende Haushaltsentwurf - bei aller Freude über noch vorhandene Rücklagen und Spielräume – nicht vorsieht, ist eine Perspektive, ist ein Aspekt der Vorsorge. Was passiert, wenn die Krise länger anhält, als von Ihnen erwartet? Wenn die Konjunktur nicht anspringt, die Steuern ausbleiben? Wenn die von Ihren Kolleginnen und Kollegen in Bund und Land gefassten Beschlüsse, die Kommunen deutlich stärker zu belasten, demnächst voll durchschlagen? Wenn nationale Gesetzgebung und globale Entwicklungen dazu führen, dass die Welle von Mehrbelastungen, Einnahmeausfällen und sprunghaft steigenden Sozialausgaben auch Ihre vermeintliche Insel der Glückseligkeit überschwemmt?

Haushaltsentwurf
zeigt keine
Perspektive auf

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
in seiner Haushaltsrede erklärte Herr Rattenhuber im September:*

„Die gute Finanzlage der Holding, die wir voll für städtische Zwecke einsetzen können, weil es Vermögen der Stadt ist, resultiert im Wesentlichen aus Wertpapierverkäufen des Jahres 2006. Hier fielen Erlöse an, die in dem guten Steuerjahr 2007 nicht wie ursprünglich geplant für die Entschuldung benötigt wurden.“

Mit anderen Worten: Ihr heutiger Handlungsspielraum resultiert aus einer Mischung von solider Planung unseres Kämmers und glücklichen Zufällen, die Sie sich schwerlich als politische Erfolge auf die Fahnen schreiben können.

Ein Glücksfall ist es auch, dass ausgerechnet jetzt Rückzahlungen in Höhe von 66 Millionen Euro aus dem Fonds Deutsche Einheit kommen. Das Geld ist herzlich willkommen, um aktuelle Löcher zu stopfen, die zum Beispiel durch von CDU, CSU und FDP in Berlin verursachte höhere Belastungen für die Stadt bei den Kosten der Unterkunft für ALGII-Empfänger gerissen werden.

Bundespolitik
belastet den
Düsseldorfer
Haushalt

Ihnen sollten auch andere Vereinbarungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene Sorge bereiten. Die wichtigste kommunale Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, soll auf den Prüfstand gestellt werden. Eine Kommission soll Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. Angeblich wollen die Berliner Koalitionäre einen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

Angesichts dieser Entwicklung dürfte Ihre Freude mittlerweile verflogen sein, dass auch im Bund eine schwarz-gelbe Tigerentenkoalition am Ruder ist. Mit Blick nach Berlin fragt man sich noch, wer Tiger und wer Ente ist. In Düsseldorf kennen wir die Antwort ja bereits.

Übrigens: Der gleiche Vorschlag ist bereits in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen im Jahr 2003 nachdrücklich verworfen worden, da er keinen gesicherten Ersatz für die Gewerbesteuer bieten und die Bürger erheblich belasten würde, während allein die Wirtschaft profitieren würde. Aus Erfahrung wissen wir, dass solche Entlastungen nicht zwangsläufig zu neuen Investitionen führen. Nicht erst die Wirtschaftskrise und deren erschreckende Auswüchse von Turbokapitalismus und Neoliberalismus haben gezeigt, dass sich „die Wirtschaft“ in Gänze nicht in der Pflicht sieht, gewährte Entlastungen und staatliche Hilfen auch zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern einzusetzen. Mehr noch: Mit Sorge sehen wir, dass in einzelnen Bereichen bereits wieder so gehandelt wird, wie vor dem Ausbruch der aktuellen Krise.

Aber kommen wir zum kommunalen Haushalt zurück: Der Städtetag NRW stellt in seinem Gemeindefinanzbericht 2009 fest:

„Die Kommunen in NRW sind noch stärker als Kommunen anderer Länder von den inzwischen seit langem zu beobachtenden Überlastungen der Kommunen mit Sozialausgaben betroffen. Die Effekte der verschiedenen Fehlentwicklungen sind in NRW besonders bei den größeren Städten konzentriert. Das Land NRW erfüllt seine Verpflichtungen auch im Vergleich zu anderen Ländern, zur Gewährleistung einer aufgabengerechten Finanzausstattung seiner Kommunen, seit vielen Jahren nicht.“

Trotzdem ist Düsseldorf heute im Vergleich zu anderen Kommunen in NRW auf den ersten Blick noch eine starke Stadt mit gut gefülltem Geldsäckel. Der Haushalt ist rechnerisch ausgeglichen, die Stadt gilt als schuldenfrei, die Gewerbesteuereinbußen sind in Krisenzeiten dank einer gut durchmischten Unternehmensstruktur noch verkraftbar. So weit, so gut.

Aber: Die Schuldenfreiheit wurde mit dem Verkauf kommunalen, rentierlichen Eigentums teuer erkaufte. Auch ein Großteil der heutigen Rücklagen stammt aus diesen Erlösen und reicht jetzt gerade einmal dafür aus, die akuten Haushaltslöcher zu stopfen und das hohe Ausgabenniveau vorerst weiter aufrecht zu erhalten. Wenn die Gewerbesteuererinnahmen nicht wie erhofft bis 2013 um fast 200 Millionen Euro steigen oder neue Belastungen hinzukommen, bricht das Kartenhaus zusammen. Dieser Haushalt ist erkennbar auf Kante genäht. Das ist Haushaltspolitik nach dem Prinzip Hoffnung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Von politischer Planung und Perspektive kann hier wohl kaum die Rede sein.

Haushalt ist auf Kante genäht

Deshalb verwundert auch die diesjährige, fast anbiedernde Stellungnahme der IHK. Ein guter Kaufmann hätte aus den üppig sprudelnden Einnahmen nämlich die Schulden getilgt und ein Polster aufgebaut, anstatt immer neue Ausgaben zu beschließen und auch noch das Familiensilber zu verkaufen.

Kein Wort der Kritik äußert die IHK auch dazu, dass erstmalig der Gewinn des gebührenfinanzierten Stadtentwässerungsbetriebs abgeschöpft wird, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die entnommenen Gelder stehen damit nicht mehr für notwendige Investitionen der Stadtentwässerung zur Verfügung. Es müssen Kredite aufgenommen werden. Hier werden Kreditrisiken auf den Gebührenhaushalt, ein städtisches Unternehmen und damit letztlich auf die Bürgerinnen und Bürger ausgelagert. Dieser Vorgang lässt sich durchaus mit der Vokabel „Schattenhaushalt“ umschreiben.

Am wichtigsten ist aber die Frage, was geschieht, wenn all das nicht reicht? Gibt es einen „Plan B“? Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben ein Recht zu erfahren, was passieren wird, wenn Ihr sehr optimistischer Plan nicht aufgeht. Gibt es in Ihren Reihen überhaupt jemanden, der sich darüber Gedanken macht? Ich sage: nein.

Wo ist der „Plan B“?

Und doch ist bereits heute erkennbar, dass Sie Ihren eigenen Prognosen nicht ganz trauen: Für den Wildpark Grafenberg haben Sie ganz groß ein Konzept präsentiert, das etwa 100.000 Euro gekostet hat. Als es dann jedoch daran ging, Nägel mit Köpfen zu machen, zogen Sie sich lieber ins Unverbindliche zurück. Planungsmittel sind bis heute nicht in Sicht.

Ein weiteres Beispiel: Beim Personal sollen 260 Stellen eingespart werden. Ohne Ausgabenkritik, ohne konkrete Ansage, was in Zukunft nicht mehr gemacht werden soll. So kann man mit der wichtigsten Ressource der Verwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht umspringen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Verwaltung bedanken. Sie leisten großartige Arbeit unter zum Teil äußerst schwierigen Bedingungen.

Dies gilt auch – und in besonderem Maße – für Sie, Herr Rattenhuber. Es ist heute Ihre letzte Etatberatung in diesem Hause, im nächsten Jahr gehen Sie in den wohlverdienten Ruhestand. Gäbe es eine Möglichkeit, Ihre Tätigkeit als Kämmerer zu verlängern, wäre es das einzige „Weiter so!“, dem wir aus vollem Herzen zustimmen würden. Wir danken Ihnen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen Wochen wurden wir Zeugen eines seltsamen Schauspiels politischer Enthaltensamkeit, bei dem sich CDU und FDP hinter dem Entwurf der Verwaltung versteckten und von eigenen Anträgen weitestgehend absahen. Dabei wird dieser Haushalt nach unserer Auffassung noch nicht einmal der aktuellen Situation in unserer Stadt in allen Punkten gerecht – geschweige denn den Herausforderungen der Zukunft.

CDU und FDP
meiden politische
Auseinandersetzung

Wie verträgt sich die von Ihnen alltäglich heraufbeschworene hohe Lebensqualität in der Wohlfühlstadt Düsseldorf mit der Tatsache, dass im kommenden Jahr etwa 13 Prozent aller Düsseldorfer - also rund 76.000 Menschen! - auf staatliche Unterstützung angewiesen sein werden? Und vor allem: Wie reagieren Sie darauf? Was wollen Sie dagegen unternehmen? Leider konnten wir hierzu nichts im Haushalt finden.

Die Stadt gibt weit über eine halbe Milliarde Euro für den Bau der Wehrhahnlinie aus, aber Sie verweigern die Einführung eines Sozialtickets. Für den Abriss des Tausendfüßlers und den Bau des Kö-Bogens stellen Sie 120 Millionen Euro bereit, aber keinen einzigen Euro für eine beitragsfreie Mittagsverpflegung für unsere Kinder.

Wir Sozialdemokraten wollen ein Sozialticket in Düsseldorf einführen, denn Mobilität ist eine Grundvoraussetzung zur Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie für die Teilnahme am oder die Rückkehr in den Arbeitsmarkt.

Deswegen bringen wir heute erneut einen Antrag ein, der die Forderung auch von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen aufnimmt und die Einführung eines Sozialtickets für den Personenkreis der Düssel-Pass-Anspruchsberechtigten zum Ziel hat. Unterstützen auch Sie diese richtige Forderung - Machen Sie endlich den Weg frei für ein soziales Ticket!

Ihr aus rein ideologischen Gründen gefasster Beschluss zur Gesamtschule ist nun am entschiedenen Widerstand der Eltern gescheitert. Wie konnten Sie angesichts der seit Jahren steigenden Anmeldezahlen für die Gesamtschulen die Zahl der Gesamtschulplätze kürzen wollen und damit Kindern die Chance auf eine vernünftige schulische Bildung verwehren? Sie wollen weiterhin die Hauptschulen künstlich am Leben erhalten, indem sie Eltern zwingen, ihre Kinder dort anzumelden. Das ist zynisch und widerspricht jeder Vernunft. Alle Kinder sollen eine gleichberechtigte Chance auf bestmögliche Bildung erhalten - und dazu gehört ein ausreichendes Gesamtschulangebot. Seien Sie konsequent und folgen Sie weiterhin dem Elternwillen: Schaffen Sie mehr Gesamtschulplätze. Stimmen Sie unserem Antrag heute zu.

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
bei wichtigen Zukunftsfragen unserer Stadt vermissen wir auch Ihre Antworten. Erst vorige Woche haben der Ring Deutscher Makler und der Mieterverein nachdrücklich vor steigenden Mieten und dem zunehmenden Mangel an Wohnraum in Düsseldorf gewarnt.*

Keine Antworten
auf wichtige
Zukunftsfragen

Nicht erst seit Ihrem halbherzigen Versuch eines Stadtentwicklungskonzeptes wissen wir, dass Düsseldorf als wachsende Stadt dringenden Bedarf an neuem, bezahlbarem Wohnraum hat. Statt offensiv die Schaffung der laut bereits vorliegenden Gutachten erforderlichen mindestens 2.000 neuen Wohneinheiten pro Jahr anzugehen, sieht Ihre Planung seit Jahren nur 1.000 Wohneinheiten pro Jahr vor.

Das wird negative Folgen auch für das soziale Gleichgewicht in unserer Stadt haben. Besonders junge Familien und Geringverdiener werden die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die Zahl derer, die sich das Wohnen in Düsseldorf dann nicht mehr oder nur mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse leisten können, wird massiv steigen.

Mit unserem Antrag, die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG mit jährlich 6 Millionen Euro zusätzlich für den Bau von jeweils 100 Wohneinheiten auszustatten, wollen wir gegensteuern.

Damit erreichen wir aber nicht nur die Schaffung preiswerten Wohnraums, sondern betreiben auch in schwierigen Zeiten wieder strategischen Vermögensaufbau. Zusätzlich stärken wir die lokale Wirtschaft in Zeiten der Krise, vorhandene Arbeitsplätze werden gesichert. Das ist eine vernünftige Kombination von Wirtschafts- und Konjunkturförderung – im Gegensatz zu Ihren unausgegorenen Plänen.

Wohnungsbau
ist strategischer
Vermögensaufbau

Nehmen wir nur Ihre Schicki-Micki-Idee vom Wohnen im Hafen. Damit gefährden Sie nicht nur die die Arbeitsplätze der Unternehmen im Hafen, sondern auch der Unternehmen in der übrigen Stadt, deren Existenz von einem voll funktionsfähigen Wirtschaftshafen abhängig ist.

Vielleicht kann Ihnen der Wirtschaftsdezernent die Problematik mal ausführlich erklären. Bei dieser Gelegenheit könnten Sie sich auch die Grundzüge einer Wirtschaftspolitik erklären lassen, die in Indien und China Unternehmen umwirbt, während man gleichzeitig in Düsseldorf ansässige Unternehmen abwandern lässt. Der Wegzug der DKV Euro Services beispielsweise hat die Stadtkasse beinahe genauso viel gekostet, wie Ihre letzte Gewerbesteuersenkung, nämlich etwa 7 bis 8 Millionen Euro.

Die gleiche Summe steht in 2010 für den Klimaschutz zur Verfügung - laut Ihrer Koalitionsvereinbarung immerhin eine der „herausragenden Aufgaben der kommenden Jahrzehnte“.

Das ist doch nicht wirklich Ihr Ernst! Sie wollen in 2010 ganze 14 Euro pro Einwohner für den Klimaschutz ausgeben. Im gleichen Zeitraum stecken Sie 22 Millionen Euro, also 39 Euro pro Kopf, in die Errichtung von Tunneln für den Kö-Bogen. Was ist das für eine Schöpfung, die Sie da eigentlich bewahren wollen?

Ihre dreißig kleinteiligen, unverbindlichen Initiativen zum Klimaschutz sollen dazu führen, Düsseldorf bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu machen. Andere europäische Städte, mit denen Sie sich ja immer gerne vergleichen, sind da deutlich weiter: In Paris zum Beispiel entsteht ein neues Straßenbahnsystem. In London verschafft man sich mit Hilfe einer City-Maut mehr Freiraum durch weniger Staus, und das ganz ohne den Neubau von Tunneln. Stockholm hat schon heute seine CO₂-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 reduziert. Und das Kopenhagen, wo derzeit noch der Weltklimagipfel stattfindet, eine wirklich erfolgreiche und Beispiel gebende Stadtentwicklungspolitik betreibt, können Sie täglich in der Zeitung lesen.

Diese Beispiele zeigen, dass Klimaschutz, neben den offensichtlichen Vorzügen für Bürgerinnen und Bürger, auch viele Ansätze für Stadtentwicklung, Verkehrspolitik und Wirtschaftsförderung bietet. In diese Richtung geht auch unser heutiger Antrag zur Erarbeitung eines Solardach-Potentialkatasters.

Klimaschutz forcieren,
Wirtschaft fördern

Davon abgesehen gilt es, zwei weitere Entwicklungen deutlich stärker als bisher voranzutreiben: Zum einen die verstärkte Nutzung von regenerativen Energien, zum anderen die Steigerung des Einsatzes von Energieeffizienz-Systemen. Wenn wir mit den genannten Elementen eine progressive, aber realistische Strategie entwickeln, könnten wir Düsseldorf schon bis 2020 zur energieeffizientesten Stadt Deutschlands und bis 2030 vielleicht sogar zur ersten klimaneutralen Landeshauptstadt überhaupt machen.

Dieses Ziel ist mit Ihrer klimafeindlichen Autofahrerpolitik jedoch nicht erreichbar.

Anstatt Stadtautobahnen zu bauen, sollten Sie endlich nachdrücklich und intensiv die umweltschonenden Verkehrsmittel Fahrrad, Bus und Bahn fördern. Aber Sie verdrängen ja lieber den umweltfreundlichen Fahrradverkehr von den Hauptstraßen ins Abseits zugesparkter Nebenstraßen. Kein Radfahrer in Düsseldorf würde dieser Verkehrspolitik auch nur im Traum den Titel „Fahrradfreundliche Stadt“ verleihen.

ÖPNV verbessern,
Radfahren fördern,
Umwelt schützen

Die Rheinbahn ist in den letzten Jahren vor allem als Wirtschaftsunternehmen gesehen worden, bei dem der städtische Zuschuss immer weiter reduziert wurde. Hier müssen wir andere Prioritäten setzen: Der öffentliche Personennahverkehr muss attraktiver werden, besonders für die Menschen in den Außenstadtteilen. Wir brauchen unbedingt kürzere Taktzeiten und mehr Fahrten in der Nacht.

Damit nicht genug: Wie Sie unserem heutigen Antrag „Barrierefreies Düsseldorf“ entnehmen können, setzen wir uns für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen für Busse, Stadt- und Straßenbahnen ein. Wir wollen erreichen, dass die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für alle Menschen, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, einfacher und komfortabler wird.

*Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist abzusehen, dass die bürgerlich-liberale Mehrheit dieses Hauses den Anträgen, die wir für die heutige Etatberatung eingebracht haben, nicht zustimmen werden. Ich bin gespannt, ob Sie sich wenigstens vorher der inhaltlichen Debatte darüber stellen - oder unsere Anträge wie so oft stillschweigend ablehnen werden, um sie in einigen Monaten unter Ihrem Briefkopf wieder in den Rat einzubringen.*

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir den vorliegenden Haushaltsentwurf ablehnen werden,

- weil er besonders mit Blick auf die politische Prioritätensetzung unausgewogen ist,*
- weil er den auch weiterhin vorhandenen Gestaltungsraum nicht für zukunftsweisende Entscheidungen nutzt,*
- weil nicht zu erkennen ist, welche langfristigen Ziele damit verfolgt werden,*
- weil er ausschließlich Reserven verbraucht, anstatt eine Strategie zum Vermögensaufbau zu entwerfen, und*
- weil das Prinzip Hoffnung keine ausreichende Basis für die Zukunft unserer Stadt darstellt.*

Gerade beim letzten Punkt appellieren wir an Sie, Ihrem eigenen Anspruch „verantwortungsvoll, handlungsfähig und zielgerichtet“ gerecht zu werden und sich der Debatte über die Zukunft unserer Stadt zu stellen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Düsseldorf auch in Zukunft attraktiv und lebenswert ist. Dafür müssen heute die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

In diesem Sinne möchte ich mit einem Zitat von Albert Schweitzer schließen, der gesagt hat:

*„Keine Zukunft vermag gut zu machen,
was du in der Gegenwart versäumst“.*

Ich danke Ihnen.